

1. März 1921 Märzkämpfe. In Mitteldeutschland und Hamburg zwischen kommunistischen Gruppen und Reichswehr/Schutzpolizei.

18. März 1871 Pariser Commune. Beginn des Aufstands, der zur Errichtung der Commune führte; die französische Regierung zog sich nach Versailles zurück.

19. März 1911 Internationaler Frauentag. Der von der Sozialistischen Frauenkonferenz 1910 beschlossene Tag wird erstmals begangen.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

4. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

01. März 2011

100 Jahre Frauentag 8. März 2011

Dieses Gedicht von James Oppenheim (*24.05.1882 - †04.08.1932) erschien 1911 im American Magazine. Erstmals beim Streik der Textilarbeiterinnen in Lawrence, Massachusetts, im Jahre 1912 wurde der Titel des Gedichtes zum Slogan der kämpfenden Frauen und ist es bis heute geblieben.

Unter anderem gibt es auch eine Vertonung von 1976 von Mimi Baez Fariña (*30.04.1945 - †18.07.2001), amerikanische Sängerin und Liedermacherin sowie Schwester der Aktivistin gegen den Vietnamkrieg und Rassentrennung in der USA, Joan Baez.

Der erste Internationale Frauentag stand unter dem Motto: „Heraus mit dem Frauenwahlrecht!“ – und selbst heute, einhundert Jahre später, ist dieses Recht nicht überall eine Selbstverständlichkeit.

Erst 1971 z.B. wurde das Frauenstimmrecht in der Schweiz eingeführt und gar erst am 27.11.1990 musste auch der letzte Halbkanton Appenzell-Innerrhoden nach einem Beschluss des Bundesgerichtes der Schweiz seinen Bürgerinnen das Stimmrecht gewähren. Bereits 1952 hatte die UNO die „Kon-

vention über die politischen Rechte der Frauen“ beschlossen.

Aktuell ist wohl die Aufgabe nicht nur der Frauenbewegung, sondern aller Frauen und auch Männer der Kampf gegen Kriege und für die Verteidigung der sozialen und politischen Rechte der Frauen, welche sie sich in über hundert Jahren erkämpft haben. Vom derzeit stattfindenden schleichenden Abbau von Menschenrechten, auch in un-

Brot und Rosen

Wenn wir zusammen gehen, geht mit uns ein schöner Tag
Durch all die dunklen Küchen, und wo grau ein Werkshof lag,
beginnt plötzlich die Sonne uns' re arme Welt zu kosen,
und jeder hört uns singen Brot und Rosen!

Wenn wir zusammen gehen, kämpfen wir auch für den Mann,
weil ohne Mutter kein Mensch auf die Erde kommen kann
Und wenn ein Leben mehr ist als nur Arbeit, Schweiß und Bauch,
wollen wir mehr Gebt uns das Brot, doch gebt die Rosen auch.

Wenn wir zusammen gehen, gehen uns' re Toten mit
Ihr unerhörter Schrei nach Brot schreit auch durch unser Lied.
Sie hatten für die Schönheit, Liebe, Kunst, erschöpft nie Ruh.
Drum kämpfen wir ums Brot und wollen die Rosen dazu.

Wenn wir zusammen gehen, kommt mit uns ein bess' rer Tag.
Die Frauen die sich wehren, wehren aller Menschen Plag.
Zu Ende sei dass kleine Leute schufteten für die Großen.
Her mit dem ganzen Leben Brot und Rosen!

serem Land, sind an erster Stelle Frauen betroffen.

Dagegen gilt es sich zu wehren im Großen und im Kleinen, nicht nur zum Frauentag, sondern tagtäglich!
Marianne Böttcher

Der Stadtvorstand der Partei
DIE LINKE gratuliert allen
Frauen und Mädchen zum 100.
Internationalen Frauentag.

Aus dem Stadtrat am 23.02.2011

Zu Beginn der Sitzung des Stadtrates wurden von der ohnehin schon relativ kurzen Tagesordnung weitere Anträge und Vorlagen abgesetzt, die noch einmal in die Ausschüsse verwiesen wurden. Ein Dringlichkeitsantrag der FDP zur Plakatierung in Halle fand keine Mehrheit. Hintergrund des Antrages war, dass nochmals genauere Erlasse zur Rechtsgrundlage des Handels der Firma Stroer darzustellen wären. Es gibt einen Stadtratsbeschluss, der u. M. nach diese Dinge regelt! Ohne Diskussion wurde die Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle – Abwägungsbeschluss, der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement sowie die Weitergeltung der baugestalterischen Festsetzung im Bebauungsplan Nr. 105 Gartenstadt Nietleben beschlossen. Zum Bebauungsplan Nr. 32.3. Heide-Süd – Aufstellungsbeschluss gab es einige Nachfragen, u. a. von Uwe Köck und Petra Sitte. Hintergrund des Bebauungsplanes ist u. a., dass der Nutzungszweck verändert werden soll. Ursprünglich hieß es im Bebauungsplan – Aufstellungsbeschluss, dass die Nutzung der Flächen im Weinberg-Campus insbesondere eine wissenschafts- und forschungsorientierte Belegung vorsah. Der Nutzungszweck soll nun erweitert werden, indem Grundstücke auch für medizinisch-therapeutische Behandlungen in Verbindung mit Forschungszwecken belegt werden können. Uwe und Petra argumentierten für diese Zwecke; erbitterten Widerstand gab es seitens der Fraktion DIE GRÜNEN, die davon ausgehen, dass die Veränderung des B-Planes so nicht zulässig wäre. Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter, plädierte für die Vorlage, auch unter dem Gesichtspunkt, dass Einrich-

tungen mit dem medizinischen Profil sonst andere Standorte wählen würden! Mit großer Mehrheit wurde die Vorlage angenommen. Im Industriegebiet Halle-Saalekreis an der A 14 wird es zukünftig zwei Straßen geben. Beschlossen wurde die Vergabe der Straßennamen „Polarisstraße“ und „Orionstraße“. Beschlossen wurde die Besetzung des Beirates des Jobcenters Halle (Saale). Unsere Fraktion wird von Ute Haupt im Beirat vertreten. Die Stadt Halle beteiligt sich am Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft im Jahr 2012“. Die „erste“ Runde lief bereits erfolversprechend für die Stadt Halle. Mit einer Vorlage – Ideenskizze „Halle verändert“ – soll die Finalteilnahme um die Bewerbung der Stadt Halle um den Titel „Stadt der Wissenschaft 2012“ untersetzt werden. Wiederum sprachen vor allem Stadträte der Fraktion „DIE GRÜNEN“ gegen diese Vorlage. Sie kritisierten vor allem die finanzielle Untersetzung. Hendrik Lange unterstützte die Vorgehensweise der Verwaltung. Er betonte, dass die Vernetzung von Gesellschaft, Stadt und Wissenschaft unbedingt fortgesetzt werden muss, auch wenn wir nicht „gewinnen“ sollten. Der Vorlage wurde insgesamt zugestimmt. Nicht zugestimmt haben wir einem Antrag von Stadträten der CDU und MitBÜRGER, der zum Inhalt hatte, eine Fördermittelrichtlinie zur Ausreichung von Mitteln der Beseitigung von illegalen Graffiti zu verabschieden. Wir schlossen uns u. a. der Argumentation an, dass die Beseitigung von illegalen Graffiti die Aufgabe der Hauseigentümer ist, dafür kann die Stadt keine finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Im Haushalt der Stadt werden bereits finanzielle Mittel als Sachaus-

gaben zur Unterstützung des Projektes gegen illegales Graffiti eingestellt.

Swen sprach zum Antrag der FDP zur Einrichtung von Grüne-Welle-Schaltungen an allen Ampelanlagen der Stadt. Er führte aus: „Die Grüne Welle ist ein Traum für Autofahrer, für wen ist es ein Albtraum? Im Ausschuss wurde schon deutlich, dass dem Antrag die Stoßrichtung fehlt! Der Antrag muss in der Gesamtdebatte der Verkehrsentwicklung behandelt werden“. Wir haben den Antrag abgelehnt.

Lange Diskussionen gab es zum Antrag „Überarbeitung der Förderrichtlinien der Stadt Halle für die Bereiche Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung“. Es gab schon einmal diese Bemühungen, die dann aber scheiterten. Wir enthielten uns der Stimme bei der Abstimmung.

Interessant fanden wir den Antrag von Herrn Bauersfeld (CDU). Er beantragte, dass der Haushalt der Stadt Halle bis spätestens 30. September des Vorjahres einzubringen sei. Die Verwaltung konnte den Intensionen folgen, machte aber darauf aufmerksam, dass die zeitliche Terminsetzung der 31.10. sein soll, weil konkrete Rahmenbedingungen beachtet werden müssen! Die SPD verwies den Antrag in den Finanzausschuss. Eine Reaktion, die uns sehr verwunderte!!

Gemeinsam mit den Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und SPD haben wir einen Antrag in den Stadtrat eingebracht, einen Ehrenkodex für politische Entscheidungsträger zu entwickeln. Es gab erwartungsgemäß Diskussionen und einen Änderungsantrag der FDP, der abgelehnt wurde. Letztlich wurde der Antrag an sich angenommen.

Ute Haupt, Stadträtin

3 Fragen an Henriette Quade, Kandidatin zur Landtagswahl

1. Warum soll die CDU-geführte Landesregierung abgewählt werden?

Weil es ja, auch wenn der Wahlkampf von CDU und SPD das nicht vermuten lässt, um zentrale Fragen der weiteren Entwicklung des Landes geht: Bleibt Sachsen-Anhalt Niedriglohnland, oder wird es mit einer von der LINKEN geführten Regierung einen Öffentlich-geförderten Beschäftigungssektor mit Mindestlohn und ein Vergabegesetz für öffentliche Aufträge geben, das die Auftragsvergabe an konkrete Kriterien knüpft, wie z. B. eine Entlohnung der MitarbeiterInnen nicht unter 8,50 Euro? Bleibt es dabei, dass Kinder nach der 4. Klasse in ein gegliedertes Schulsystem einsortiert werden, das maßgeblich über ihre Zukunftschancen entscheidet oder gehen wir die Schritte in Richtung des längeren gemeinsamen Lernens aller Kinder? Bleiben Kinder von Hartz-IV beziehenden Eltern von wichtigen Bildungsangeboten in der Kita ausgegrenzt oder wird der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Kita für alle Kinder wieder eingeführt? Und nicht zuletzt: Hat Sachsen-Anhalt eine Landesregierung, die 8 Euro Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes als Erfolg feiert oder eine von der LINKEN geführte Regierung, die sich für eine sanktionsfreie und bedarfsdeckende Grundsicherung und einen Politikwechsel, auch im Bundesrat, stark macht?

2. Genossin Quade, du bist noch sehr jung. Was glaubst Du als Impulse in die Fraktion einbringen zu können?

Zunächst mal wäre die Arbeit im Landtag für mich natürlich Neuland und eine große Herausforderung. Aber gerade das ist ja auch eine Chance: Wer sich selbst in die parlamentarische Arbeit neu einarbeitet, kann sie auch für andere transparent und nachvollziehbar machen

oder eben auch auf Probleme hinweisen. Und, soviel Lebenserfahrung habe ich, ein neuer Blickwinkel schadet selten.

Ich habe in den letzten 10 Jahren mit vielen, auch sehr unterschiedlichen, außerparlamentarischen Initiativen und Gruppen im Bereich Antifaschismus und Antirassismus zusammen gearbeitet und DIE LINKE in verschiedenen Bündnissen gegen Rechts vertreten. Diese Erfahrungen mitzunehmen, ist mir sehr wichtig. Um Neonazismus wirkungsvoll zu bekämpfen, halte ich den Dialog und das gemeinsame Agieren von Politik und Zivilgesellschaft für unverzichtbar. In der Fraktion möchte ich deswegen als eine Art Scharnier zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene wirken.

3. Viele unserer Genossinnen und Genossen kennen dich als konsequente Streiterin wider Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Welche Möglichkeiten siehst Du hier, aus dem Landtag heraus zu handeln?

Die Vereine und Beratungsstrukturen, die sich seit vielen Jahren mit dem Phänomen Neonazismus beschäftigen und lokale Bündnisse und Akteure beraten, brauchen eine kontinuierliche und verlässliche finanzielle Förderung, statt sich von Projekt zu Projekt hangeln zu müssen. Die Arbeit der Mobilen Beratungsteams und Opferberatungsprojekte muss langfristig gesichert und gefördert werden. Aber es geht ja nicht nur um die immer wieder sichtbar werdende rechte Gewalt und um ein geschlossenes neonazistisches Weltbild, wie es die NPD vertritt. Es geht ja auch um das, was nicht immer sichtbar wird, was aber damit unmittelbar zusammenhängt: Alltagsrassismus, Antisemitismus, rechte Einstellungen, kurz: die Vorstellung der



Ungleichwertigkeit von Menschen. Und die ist in allen Bevölkerungsschichten und allen Alterklassen vertreten. Deswegen sagen wir als LINKE: Wir müssen ein gesamtgesellschaftliches Klima schaffen, das geprägt ist von Mitbestimmung und Demokratie, von der Wahrung der Menschenrechte und der konsequenten Ächtung antidemokratischer Positionen, vom Hinsehen und der Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt. Unsere Fraktion hat deshalb bereits 2006 ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus konzipiert, das in erster Linie ein Demokratieentwicklungsprogramm ist und die Bekämpfung des Rechtsextremismus als Querschnittsaufgabe aller Bereiche der Politik verankern will. Und natürlich ist es mit Blick auf die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft und gerade auch in Bezug auf Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wichtig, wie das Land mit Menschen umgeht, die als MigrantInnen und Asylsuchende hier leben: Die faktische Aufhebung der Residenzpflicht durch die Erteilung von Sammelerlaubnissen zum Verlassen des AsylbewerberInnen zugewiesenen Aufenthaltsgebietes, die Unterbringung Asylsuchender in Wohnungen statt in Lagern, eine Neuregelung der Verfahren der Berufsabschlussanerkennung wären wichtige Schritte, um die Situation von MigrantInnen, und Flüchtlingen in Sachsen-Anhalt zu verbessern und die Grundlage für ihre demokratische Teilhabe an der Gesellschaft zu schaffen.

Glückwunsch an alle Antifaschistinnen und Antifaschisten zum großen Blockadeerfolg

Erklärung des Parteivorstandes zur Stürmung der LINKEN-Geschäftsstelle in Dresden nach den erfolgreichen Blockaden gegen die Nazis am 19. Februar 2011

Der Parteivorstand beglückwünscht alle Antifaschistinnen und Antifaschisten zum großen Blockadeerfolg gegen die Nazis am 19. Februar 2011 in Dresden! Die Nazis, die europaweit nach Dresden mobilisiert hatten, mussten unverrichteter Dinge abreisen. Entschieden verurteilt DIE LINKE das teilweise unverhältnismäßige Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten am Tage und die brutale Stürmung der Dresdner Stadtgeschäftsstelle unserer Partei am Abend nach der erfolgreichen Verhinderung des Naziaufmarsches.

Die sächsische Polizei setzt mit diesem Racheakt am Bündnis

„Dresden-Nazifrei“ und unserer Partei die Kriminalisierung des antifaschistischen Protestes fort. Während gleichzeitig noch vereinzelt Nazisgruppen in Dresden unterwegs waren und somit Polizei vor Ort in den Wohnvierteln notwendig gewesen wäre, wurden hochgerüstete Beamte gegen eine der Zentralen des antifaschistischen Protestes in Marsch geschickt. Bei diesem Einsatz wurden rechtsstaatliche Grundsätze verletzt. Mit Kettensägen wurden die Büroräume der LINKEN aufgebrochen, Schränke durchsucht und die Computer der LINKEN Dresden von der Polizei entwendet. Wir fordern die unverzügliche Herausgabe der Computer, auf denen unter anderem die Mitgliederdaten der LINKEN in Dresden gespeichert sind. Auch die Bürotür des Anwaltes Thomas Grundmann, gegen den keinerlei Beschuldigungen vorlagen, wurde eingetreten. Einfach weil sich seine Kanzlei im selben Haus befand. Mehrere Menschen wurden über Stunden mit fest gefesselten Händen festgehalten, ohne dass ihnen die Möglichkeit zu einem Anruf oder zu anwaltlichen Beistand eingeräumt wurde. DIE LINKE erklärt sich solidarisch mit den Antifaschistinnen und Antifaschisten, die jetzt mit unverhältnismäßigen Repressionen der Strafverfolgungsbehörden überzogen werden.

PS.: Die Linksjugend [‘solid] dankte dem Stadtverband Halle der Partei DIE LINKE: „welcher einen unserer Busse zur Verfügung stellte, was eine Mobilisierung möglich machte, die in der Form sonst nicht möglich gewesen wäre.“



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
24.02.2011
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 17.03.2011

Hinweise zur Briefwahl

Wähler, die am Tag der Wahl das zuständige Wahllokal nicht aufsuchen können und in das Wählerverzeichnis eingetragen sind, haben die Möglichkeit, durch Briefwahl ihr Wahlrecht auszuüben.

Sie stellen einen Antrag auf Erteilung der Briefwahlunterlagen. Das Formular für diesen Antrag befindet sich auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigungskarte. Der Antrag kann auch formlos gestellt werden. Er ist vom Antragsteller zu unterschreiben.

Gemäß § 23 (1) der Landeswahlordnung ist es möglich, den Wahlscheinantrag in elektronischer Form vorzunehmen. Der Antrag kann über eine Eingabemaske oder per E-Mail [briefwahlbuero\(at\)halle.de](mailto:briefwahlbuero(at)halle.de) gestellt werden. Der Antragsteller kann auch persönlich im Briefwahlbüro vorsprechen, seine Briefwahlunterlagen an Ort und Stelle ausfüllen und wählen.

Briefwahlunterlagen können bis Freitag, dem 18.03.2011, 18.00 Uhr, beantragt werden (Bürgerservicestelle Marktplatz 1).

Bei nachweislicher plötzlicher Krankheit, die ein Aufsuchen des Wahlraumes nicht oder nur schwer möglich macht, können die Anträge auf Briefwahl noch bis zum Wahltag 15.00 Uhr gestellt werden.

Wahlberechtigte, die von der Briefwahl Gebrauch machen, erhalten folgende Unterlagen:

- * Wahlschein mit eidesstattlicher Erklärung
- * Amtlichen Stimmzettel
- * Amtlichen blauen Stimmzettelumschlag
- * Amtlichen roten Wahlbriefumschlag, der mit der Anschrift des Kreiswahlleiters versehen ist.

Wer durch Briefwahl wählt,

- * kennzeichnet persönlich den Stimmzettel,
- * legt ihn in den blauen Stimmzettelumschlag für die Briefwahl und verschließt diesen,
- * unterzeichnet die auf dem Wahlschein vorgedruckte Versicherung an Eides statt unter Angabe des Ortes und des Tages,

- * steckt den zugewinkelten Stimmzettelumschlag und den unterschriebenen Wahlschein in den roten Wahlbriefumschlag,
- * verschließt diesen und versendet ihn so rechtzeitig an die auf dem Umschlag angegebene Adresse.

Der Wahlbrief muss spätestens am Wahltag (20.03.2011) bis 18.00 Uhr beim Kreiswahlleiter eingehen.

Der Brief muss spätestens Donnerstag vor der Wahl (17.03.2011) vormittags bei der Post aufgegeben werden.

Der Wahlbrief kann auch im Briefwahlbüro in den Bürgerservicestellen Marktplatz 1 und Am Stadion 6 abgegeben werden.

Dort besteht auch die Möglichkeit, an Ort und Stelle zu wählen.

Die Öffnungszeiten und Ansprechpartner sowie die Kontakte zu den Briefwahlbüros entnehmen Sie bitte der rechten Servicespalte.

Anschrift

Briefwahlbüro
Marktplatz 1
06108 Halle (Saale)

Öffnungszeiten

Montag: 08.00 - 16.00 Uhr
Dienstag: 08.00 - 19.00 Uhr
Mittwoch: 08.00 - 12.00 Uhr
Donnerstag: 08.00 - 19.00 Uhr
Freitag: 09.00 - 15.00 Uhr

(am 18.03.11 gesonderte ÖZ:
09.00 - 18.00 Uhr)

Sonnabend: 09.00 - 12.00 Uhr

Ansprechpartner:

Frau Strauß;
Tel.: 0345 2214632 / 0345 221 4616
[briefwahlbuero\(at\)halle.de](mailto:briefwahlbuero(at)halle.de)



Dr. Uwe Köck, Wahlkreis 36

In Bitterfeld bin ich geboren und aufgewachsen. Es folgten Studium der Biologie, Forschungsstudium, Promotion und wissenschaftliche Tätigkeit an der Universität in Halle. Nach der Wende Unternehmensgründung; aus gesundheitlichen Gründen später Übergabe an die Belegschaft. In Halle kreuzten sich auch in familiärer Hinsicht die entscheidenden Wege. Meine beiden Söhne sind mittlerweile schon erwachsen.

Als politisch interessierter Mensch bin ich von Kindesbeinen an gesellschaftlich engagiert, wurde Mitglied der SED und war eine Zeit lang hauptamtlich von der FDJ beschäftigt. Seit der Wende bin ich kommunalpolitisch im Stadtrat von Halle aktiv. 1998 zog ich das erste Mal in den Landtag ein. 2006 konnte ich im Wahlkreis Halle-Neustadt das Direktmandat erringen.



Hendrik Lange, Wahlkreis 37

am 20.01.1977 in Quedlinburg geboren, Familienstand: Eingetragene Lebenspartnerschaft
Beruf: Dipl. Biologe
Tätigkeit: Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt

Während meines Studiums habe ich mich für studentische Belange an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im Studierendenrat, im Senat und im Konzil der Uni eingesetzt. 2002 bin ich in die PDS eingetreten. Seit 2004 bin ich Stadtrat in Halle und stellv. Vorsitzender der Stadtratsfraktion sowie deren bildungspolitischer Sprecher. 2006 wurde ich in den Landtag gewählt und bin in unserer Fraktion Sprecher für Hochschul-, Wissenschafts- und Technologiepolitik. In der Partei bin ich Sprecher der AG-Bildung und ich bin seit 2 Jahren Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Sachsen-Anhalt.



Swen Knöchel, Wahlkreis 38

1973 in Halle geboren und dort aufgewachsen, engagiere ich mich seit 1990 bei der PDS. 2007 wurde ich zum Stadtvorsitzenden der LINKEN in Halle gewählt. Ich vertrete meinen Stadtverband als Delegierter bei Bundes- und Landesparteitagen.

Seit 2009 bin ich Stadtrat, zuvor war ich sachkundiger Einwohner. Ich arbeite im Finanz-, Rechnungsprüfungs-, Ordnungs- und Umweltausschuss sowie im Betriebsausschuss Kindertagesstätten. 2004 wurde ich Verwaltungsratsmitglied der Beteiligungsmanagementanstalt Halle und 2010 Aufsichtsratsmitglied der EVH GmbH.

Ich arbeite seit 1993 beim Finanzamt Halle, seit 2008 studiere ich an der Fachhochschule für Finanzen. Ich bin Mitglied der Steuerwerkschaft und arbeite im Personalrat und Hauptpersonalrat mit.



Marion Krischok, Wahlkreis 39

Von 1994 bis 2004 war ich in Halle (Saale) als Stadträtin im Innen-, Finanz- und Hauptausschuss tätig.

Seit 2004 bin ich in der Funktion einer sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Weiterhin bin ich seit dem Entstehen des Mitteldeutschen Multimediazentrums in dessen Aufsichtsrat gewählt und bin als Mitglied des Verwaltungsrates der Saalesparkasse tätig.

Zusätzlich wirke ich ehrenamtlich seit mehreren Jahren als stellvertretende Vorsitzende im kommunalpolitischen Forum e. V.

Beruflich bin ich als Informatikpädagogin bei einem privaten Bildungsträger in Magdeburg und Weißenfels tätig.



Karl Meseberg wäre 120 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass legten Mitglieder der BO Clara Zetkin und des Arbeitskreises Gedenktage und Gedenkstätten zu seinem Geburtstag am 11. Februar an seiner Grabstätte auf dem Südfriedhof Blumen und Gebinde nieder.

Aufruf

zum demokratischen Protest am 12. März 2011 in Dessau-Roßlau

ZENTRALE
KUNDGEBUNG
mit Bühnenprogramm
13.00 Uhr, Marktplatz

GELEBTE
DEMOKRATIE
STATT
BRAUNER
UNGEIST

weitere Aktionen:
MUSIKKUNDGEBUNG
DIE STADT ALS BÜHNE
11.30 Uhr, Hauptbahnhof
LIEDERABEND
19.00 Uhr, in der Marienkirche

Niedriger Wahlbeteiligung mit Lösungskompetenz statt Fatalismus begegnen

Die am 17.02.2011 veröffentlichte Umfrage von Infratest dimap deutet u.a. auf die Gefahr einer sehr geringen Wahlbeteiligung hin. **Dazu erklärt der Vorsitzende der Fraktion Wulf Gallert:**

Das grundsätzliche Problem liegt nicht zuletzt im geringen Vertrauen in die demokratischen Institutionen des Landes. In Umfragen sagen ca. 75 % der Menschen, dass sie sich mit ihren Interessen nicht ausreichend repräsentiert fühlen, auch der Sachsen-Anhalt-Monitor spricht hier eine klare Sprache. Darüber hinaus dürfte die Ansage, dass eine Koalition von CDU und SPD unabhängig vom Wahlausgang weiterregieren wird, zum Desinteresse beitragen. Und die wiederholte Aussage, dass es in der Landespolitik ohnehin nur noch um die Durchsetzung alternativloser Einsparungen geht, ist nur dazu angetan, noch weiter zu demobilisieren.

Die politisch Verantwortlichen sollten sich nicht in Fatalismus ergehen, sie müssen für die Menschen Lösungskompetenz unter Beweis stellen. Wichtige gesellschaftliche Entscheidungskompetenzen, die in der Vergangenheit privatisiert wurden, müssen endlich wieder in die Politik zurückgeholt werden. Dazu gehört nicht zuletzt eine höhere Steuerquote, wie es sie in der Bundesrepublik vor dem Jahr 2000 gegeben hat.

Bei der Entscheidung zur Landtagswahl geht es um klare politische Alternativen zwischen der CDU und der LINKEN: Es geht um existenzsichernde Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, um längeres gemeinsames Lernen, um Chancengleichheit für alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Das sind wesentliche Themen für alle Menschen in Sachsen-Anhalt. Daneben hat der Wahlausgang natürlich auch bundespolitische Bedeutung, z.B. für die aktuelle Debatte um Hartz IV oder die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns.

DIE LINKE wird ihren potentiellen Wählern vermitteln, dass ein Fernbleiben von der Wahlurne gleichbedeutend ist mit dem weiteren Ausbau des Niedriglohnsektors, der frühen Trennung von Kindern in Schulen und der Benachteiligung von Kindern aus materiell schlechter gestellten Elternhäusern.